

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

ERFOLG FÜR FAIRE LÖHNE

Das neue Vergabegesetz sorgt für mehr Gerechtigkeit

von Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



Die Große Koalition hat eine Novelle des Vergabegesetzes beschlossen und damit wichtige Anliegen der SPD umgesetzt: Der Mindestlohn wird von 7,50 auf 8,50 Euro angehoben. Als SPD konnten wir eine Klausel durchsetzen, nach der Auftragnehmer des Landes Berlin gleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen sollen.

Damit können bei öffentlichen Aufträgen keine unterschiedlichen Löhne in Ost und West gezahlt werden - endlich! Denn 22 Jahre nach der Vereinigung der Stadt sind noch immer bestehende Lohndifferenzen ein Skandal.

Gleichzeitig wirkt diese Klausel auch gegen ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Damit wird das Land Berlin seiner Funktion als Vorbild für die Privatwirtschaft gerecht. Man kann schließlich nicht von Unternehmen fordern, faire Löhne zu zahlen, aber selbst diesen Grundsatz nicht einhalten. Die Gewerkschaften haben die Gesetzesänderung weitgehend begrüßt.

Der Mindestlohn gilt - wie bisher - ab einem Auftragsvolumen von 500 Euro. Für alle weiteren Kriterien des Vergabegesetzes - beispielsweise ökologische Kriterien - gilt eine Wertgrenze von 10.000 Euro.

Dieses Zugeständnis an den Koalitionspartner war umstritten, aber nach Auffassung einer breiten Mehrheit der SPD-Fraktion vertretbar. Denn: Viele der unter Umweltaspekten relevanten Beschaffungen werden auch künftig zentral über das Landesverwaltungsamt oder das ITDZ getätigt.

Hier liegen die Aufträge in der Regel weit über 10.000 Euro. Deshalb können wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit diesem Zugeständnis an die Entbürokratisierung gut leben. Mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Vergabericht wird die Wirkung dieser Wertgrenze auch überprüft werden können.

Das neue Vergabegesetz ist ein Erfolg der SPD-Fraktion in der Großen Koalition. Es zeigt, dass wir auch mit der CDU eine Politik für Mindestlöhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit schaffen können. ■



Der neugewählte Geschäftsführende Landesvorstand: Fritz Felgentreu, Barbara Loth, Jan Stöß, Iris Spranger, Philipp Steinberg, Ulrike Sommer.

„PROFIL DER LINKEN VOLKSPARTEI SCHÄRFEN“

Jan Stöß: Gemeinsam an die Arbeit

Für den neugewählten SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß ist die Aufgabe für die nächsten Monate klar: „Wir wollen uns als Berliner SPD inhaltlich und programmatisch breiter aufstellen und unser Profil einer linken Volkspartei schärfen. Wir haben viel vor und wollen die gesamte Partei mitnehmen.“

Auf dem Landesparteitag am 9. Juni hatte sich Jan Stöß nach einer insgesamt ruhigen und fairen Debatte mit 123 zu 101 Stimmen gegen Amtsinhaber Michael Müller durchgesetzt. Auch die von ihm vorgeschlagenen Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstands fanden eine Mehrheit. Nun gelte es, Gräben zuzuschütten, so Stöß, und an den gemeinsamen Zielen zu arbeiten. Stöß dankte den ausgeschiedenen Landesvorstandsmitgliedern: „Ohne die Arbeit von Michael Müller in den vergangenen acht Jahren, genauso wie die Arbeit von Harald Christ und von Marc Schulte und allen anderen Vorstandsmitgliedern, die dem neuen Landesvorstand nicht mehr angehören, könnten wir heute nicht von

diesem stabilen Fundament profitieren.“

Auch der bisherige Landesvorsitzende Michael Müller hatte auf dem Parteitag zur Einigkeit aufgerufen. Mit Blick auf den vor der SPD liegenden Bundestagswahlkampf sagte er: „Wir sind eine Partei. Und der Gegner ist nicht in diesem Saal.“

Mit Themen wie der Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Bildungs- und Integrationspolitik, sowie einer progressiven Mietpolitik will sich der neue Landesvorstand auch in die bundespolitischen Debatten einmischen. „Lasst uns gemeinsam offen, kritisch und fair miteinander über die beste Politik für diese Stadt diskutieren“, so der neue Landesvorsitzende.

Er verstehe sich als Moderator in einem offenen und zukunftsgerichteten Prozess um Inhalte und Konzepte, so Jan Stöß. Alle seien eingeladen, mit ihren Ideen und Wünschen an diesem Prozess mitzuwirken. „Nur so können wir zusammen für unsere Stadt etwas verändern“, erklärte Stöß. ■ vwb

„SPD MUSS VORDENKERIN SEIN“

Landesparteitag: Wahlen und Beschlüsse

Fast zwölf Stunden dauerte der Landesparteitag der Berliner SPD am 9. Juni. Am Ende gab es einen neuen Landesvorstand und eine große Zahl von Beschlüssen.

Sonst ist er nur Formsache, diesmal war der Beschluss über die Tagesordnung bereits eine Vorentscheidung: In geheimer Abstimmung wurde mit 88 zu 132 Stimmen ein Antrag aus Tempelhof-Schöneberg zur Verschiebung der Wahlen abgelehnt. Die Initiatoren des Antrags wollten damit dem Mitgliederbegehren und einer möglichen Befragung der Mitglieder zum Landesvorsitz die notwendige Zeit geben, die Mehrheit sprach sich jedoch für eine Entscheidung der gewählten Delegierten aus.

Michael Müller stellte in seinem Rechenschaftsbericht die Erfolge der vergangenen zwei Jahre heraus. Vor der Wahl 2011, als die Grünen schon als Sieger galten, habe sich die SPD mit einem engagierten Einsatz zurückgekämpft. Über Foren und Konferenzen wurden Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Parteibuch in die Debatten einbezogen. 1,8 Millionen Exemplare des Berliner Stadtblatts wurden verteilt. Mitgliederforen und Abteilungsvorsitzendenkonferenzen stärkten die innerparteiliche Kommunikation. Harald Christ wies in seinem Bericht darauf hin, dass die Berliner SPD auch finanziell auf solidem Fundament steht.



Gespräche am Rande des Parteitags: Arbeits-senatorin Dilek Kolat und der stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach.

In Vorstellungsreden warben Michael Müller und Jan Stöß um die Unterstützung der Delegierten. Während Müller das Miteinander und die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Partei, Fraktion und Senat in den Mittelpunkt stellte, betonte Stöß die Notwendigkeit von Veränderung und die Einhaltung von Parteitagebeschlüssen. Die Partei müsse Vordenkerin sein, so Stöß. In den Wahlgängen zum Geschäftsführenden Landesvorstand setzten sich Jan Stöß und seine Unterstützer_innen jeweils durch.

Beschlossen wurden vom Landesparteitag eine Reihe von Satzungsänderungen. So werden jetzt die Beschlüsse des Landesvorstands zur Geschlechterge-



Doppelter Abschied: Michael Müller dankte dem scheidenden Landes-kassierer Harald Christ für seine Arbeit. Christ hatte nicht wieder kandidiert.

rechtigkeit umgesetzt. Bei Listenaufstellungen wird das Reißverschlussprinzip eingeführt, die Landesliste für die Bundestagswahl 2013 soll von einer Frau angeführt werden.

Der Berliner Senat ist aufgerufen, eine Bundesratsinitiative für ein Bundesvergabegesetz zu starten, das - wie das Berliner Vorbild - Regeln zum Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge enthält. Die Arbeitsbedingungen von Musikschullehrer_innen sollen verbessert werden, die SPD Berlin unterstützt das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin - demokratisch, ökologisch, sozial“. Eine Teilausschreibung der Berliner S-Bahn wurde erneut abgelehnt. ■ *uh*

WAHLEN

Ergebnisse der Wahlen zum Landesvorstand:

● **Landesvorsitz:** Michael Müller 101; Jan Stöß 123, gewählt; 1 Enthaltung.

● **Stellvertretende Landesvorsitzende:** 1. Wahlgang - 225 abg. Stimmen, 222 gültig. Fritz Felgentreu 110; Ahmet Iyidirli 81; Barbara Loth 147 gewählt; Birgit Monteiro 108; Marc Schulte 95; Iris Spranger 112, gewählt; Philipp Steinberg 114, gewählt.

2. Wahlgang 223 abg., 215 gültig. Fritz Felgentreu 124, gewählt; Birgit Monteiro 91.

● **Wahl der Kassiererin:** 224 abg., 221 gültig. Ellen Haußdörfer 98; Ulrike Sommer 121, gewählt. 2 Enthaltungen.

● **Wahl der 8 Beisitzer 1. Wahlgang - 220 abg. Stimmen.** Monika Buttgerit 178, gewählt; Ellen Haußdörfer, 82; Lucyna Jachymiak-Krolikowska, 108; Andreas Köhler, 84; Andreas Kugler 49; Andrea Kühnemann 47; Birgit Monteiro 106; Klaus Mindrup 117, gewählt; Ulrike Neumann 122, gewählt; Mark Rackles 141, gewählt; Ülker Radziwill 90; Jan-Christopher Rämer 99; Barbara Scheffer 116, gewählt.

2. Wahlgang - abg. 219, 1 ungültig. Lucyna Jachymiak-Krolikowska 137, gewählt; Andreas Köhler 99; Birgit Monteiro 108, gewählt; Ülker Radziwill 79; Jan-Christopher Rämer 122, gewählt.

SPD WIRBT UM DIE FRAUEN

Neue Ideen und Projekte, um Frauen in die Politik und in Mandate zu bringen

Die Zahl scheint wie in Beton gemeißelt: 33 Prozent. Seit Jahren bewegt sich der Frauenanteil im Landesverband nicht über diesen Stand hinaus. Anfang 2012 erhielten die Bemühungen des Landesvorstands, die 40-Prozent-Marke zu knacken, neuen Schwung: Eine ganze Reihe neuer Ideen wurde entwickelt und eine Frauen-Mitgliederkampagne beschlossen.

Die nach außen gerichteten Werbemaßnahmen, die im August starten, werden durch eine intensive interne Kommunikation begleitet. Denn zu den Give-aways und Postkarten gehört genauso eine offene und herzliche Willkommenskultur in den Abteilungen. Die zeigt sich bereits in etlichen Aktivitäten: Mit eigenen Mentoringprogrammen fördern sie engagierte Frauen. Auch aus diesem Grund hat sich der Landesverband entschlossen, kein eigenes Förderprogramm aufzulegen, sondern die



Wir machen Platz für Frauen: Ein Postkartenmotiv der Kampagne.

bestehenden Kreis-Aktivitäten durch eigene Schulungsmodul zu unterstützen.

Noch im Sommer wird intensiv an den Werbematerialien gearbeitet. Sie werden den Gliederungen Anfang August kostenlos zur Verfügung gestellt. Dann können auch bei den Infoständen und dem nächsten Kneipenbesuch mehr Frauen für die SPD geworben werden.

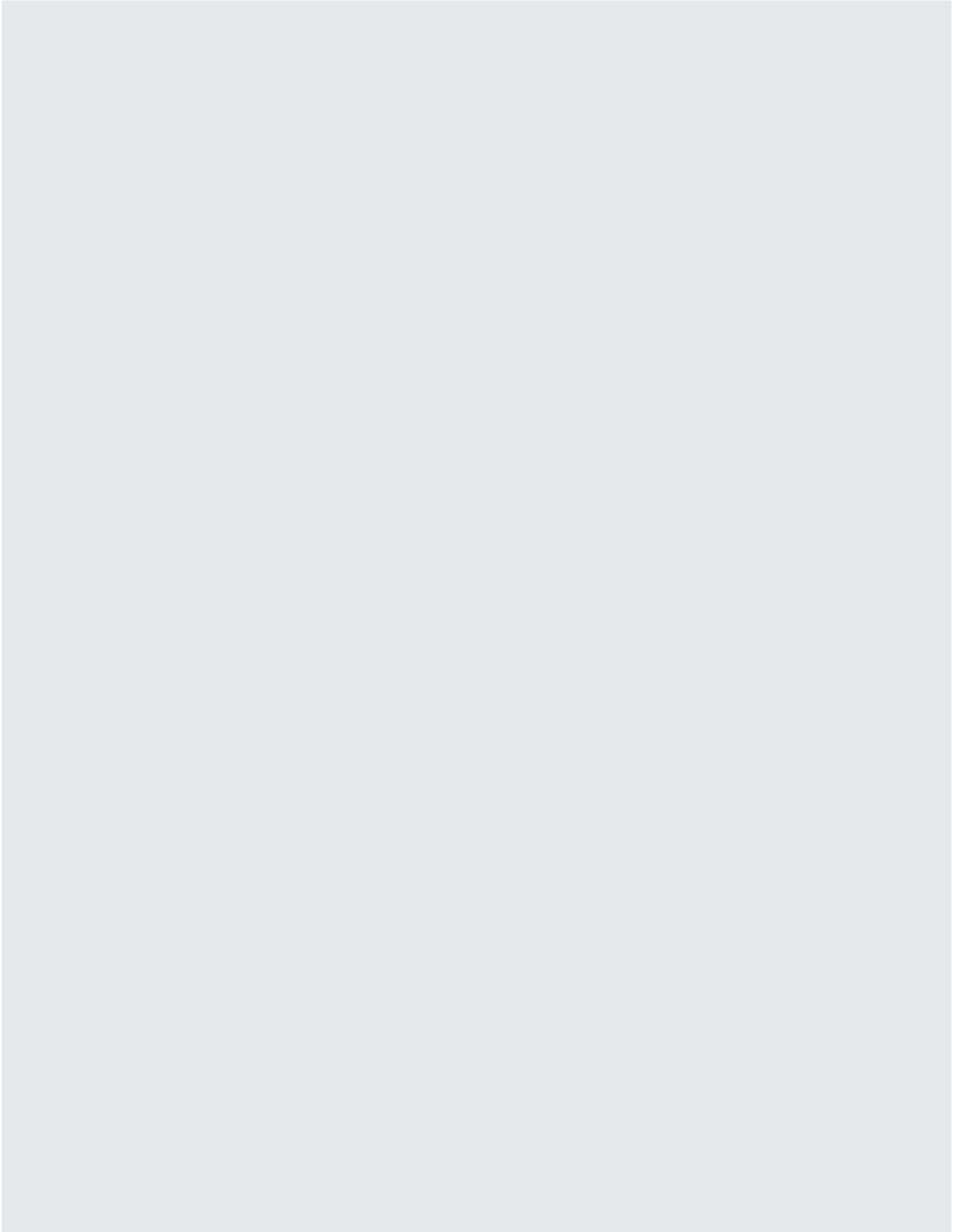
Am 18. August startet die interne

Kommunikationskampagne mit einem Auftaktworkshop, zu dem u.a. Abteilungsvorstände und die Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit eingeladen werden. Flankiert wird dieses Angebot von einem Analyse- und Schulungsprogramm, das 12 Pilotabteilungen kostenlos in Anspruch nehmen können. Jeder Kreis soll mit möglichst unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen vertreten sein. Der Startschuss für die Bewerbung wird über den Dienstagsbrief bekannt gegeben.

Auch die Tradition der Mitgliederforen und Ideenkonferenzen wird fortgeführt. Werden bei ersterem nur Frauen zusammen kommen, wird die Ideenkonferenz offen für jede/n Interessierte/n sein. Mit ihr sollen in Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 frauenpolitische Themen und Forderungen der Berliner SPD zusammengetragen werden und lautstark Gehör finden. ■ *JoS*

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de



VORWÄRTS PERSÖNLICH

Oliver Schworck, Bezirksstadtrat in Tempelhof-Schöneberg, ist in der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrats der Stiftung Naturschutz zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Schworck betonte, die Stiftung sei die treibende Kraft in der Berliner Umweltbildung, sie setze wichtige Impulse und bewiese Innovationskraft. Dem Stiftungsrat gehören Vertreter der nach dem Bundesnaturschutzgesetz in Berlin anerkannten Vereine, drei Vertreter des Senats und je ein Vertreter der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses an.



Ehrhart Körting, ehemaliger Innen- und Sportsenator von Berlin, ist neuer Präsident des Behinderten-Sportverbandes Berlin. Der Behindertensport sei inzwischen eine große Bewegung geworden, so Körting. Wichtige Aufgaben sind für ihn, den Behindertensport noch selbstverständlicher in unsere Gesellschaft zu integrieren und das Hereinholen von Menschen mit Migrationshintergrund.

Thomas Isenberg, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, ist neuer Geschäftsführer der Deutschen Schmerzgesellschaft. Ab 1. Juli wird er unter anderem den Aufbau einer neuen Bundesgeschäftsstelle in Berlin vorantreiben. Die Gesellschaft will, ihrem Nationalen Aktionsplan folgend, eine angemessene Schmerztherapie für die rund 13 Millionen Menschen in Deutschland erreichen, die von chronischen Schmerzen betroffen sind.

FOTOS: DSB BERLIN, HORBB (3), BERLINER STADTBLATT



Dank an Rüdiger Scholz: Nach siebeneinhalb Jahren Arbeit im Kurt-Schumacher-Haus wechselt der bisherige Landesgeschäftsführer ins Willy-Brandt-Haus. Michael Müller dankte ihm für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren und die Organisation der Wahlkämpfe.

BOLLWERK GEGEN NAZIS

Falken sammeln Spenden, um sich zu schützen

Die Neuköllner Falken starten eine ungewöhnliche Aktion um sich zu schützen: Spitzenpolitiker und bekannte Künstler helfen, einen Zaun zu bauen.

Um das Kinder- und Jugendzentrum „Anton-Schmaus-Haus“ der Neuköllner Falken wirksam vor neuen Brandanschlägen zu schützen, startet der Jugendverband eine bundesweite Spendenaktion mit dem Titel „Bollwerk gegen Nazis“. Unterstützt werden die Kinder und Jugendlichen von Spitzenpolitikern und bekannten Künstlern. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ist ebenso dabei wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, die Sänger Reinhard Mey, Konstantin Wecker und Hannes Wader oder die Kabarettisten Dieter Hildebrandt und Martin Buchholz.

Nach zwei verheerenden Brandanschlägen von Nazis im Jahr 2011 blieb das Haus bis Ende April 2012 geschlossen und musste mühsam wieder aufgebaut werden. Zwar wurde ein Großteil des Schadens von der Versicherung bezahlt, jedoch hat diese nun zum Jahresende gekündigt. Die einzige Chance, den Versicherungsschutz zu behalten und



Falken-Stand auf dem SPD-Landesparteitag: 100.000 Euro müssen gesammelt werden.

die demokratische Arbeit gegen Rechts fortführen zu können, ist der Bau eines Sicherheitszaunes. Die Kosten von 100.000 Euro können die Falken jedoch unmöglich selbst tragen.

Daher soll der Zaun nun zentimeterweise gekauft werden. Wer ein Stück Zaun kauft, erhält eine Urkunde. Diese Urkunden werden von Promis signiert, viele spenden auch selbst. Beworben wird die Aktion auf der Internetseite www.Bollwerk-gegen-Nazis.de. Hier können Unterstützer Gesicht zeigen und spenden. Ihre Idee fassen die Falken in dem Slogan zusammen: Mitmachen – Demokratie verteidigen – Gesicht zeigen. ■ vwb

EIN BLATT FÜR DIE STADT

Berliner SPD setzt ihr Zeitungsprojekt fort

Elf Bezirksausgaben und eine Auflage von 340.000 Exemplaren - das Berliner Stadtblatt, im vergangenen Jahr gestartet, ist wieder da. Nach der Juni-Ausgabe soll es künftig quartalsweise erscheinen. Es wird in Hausbriefkästen gesteckt, auf Festen und bei Infostandaktionen verteilt. In den Bezirken gibt es eigene Redaktionen für den zweiseitigen Lokalteil, Beiträge sind dort immer erwünscht. Alle Ausgaben sind auch im Internet zu finden: www.berliner-stadtblatt.de ■ uh



Die Juni-Ausgabe hat den Schwerpunkt Mieterschutz.

STADTPOLITIK MIT AUGUST BEBEL

Das neue Vierteljahresprogramm des August Bebel Instituts enthält wieder zahlreiche Veranstaltungen zur Stadtpolitik und Zeitgeschichte, bietet aber auch Trainingsangebote für ein erfolgreiches Engagement in der Politik. Es finden sich historische Stadtführungen, die Moderation politischer Diskussionen oder ein Workshop für Senior/innen zu „Engagement und Politik im Alter“. Ab 15. August stellen in einer Gemeinschaftsausstellung mit dem Berliner Kulturforum Künstlerinnen des Frauenmuseums Berlin aus. Mehr: www.august-bebel-institut.de. ■

GEWINNER IM EUROPAQUIZ



Die Gewinner im Europaquiz stehen fest. Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Philipp Steinberg, zugleich Vorsitzender des Fachausschusses Europa, zog aus der Fülle von richtigen Einsendungen die Gewinner einer Reise nach Brüssel sowie von 20 Büchern. Am Quiz auf der Internetseite der Berliner SPD hatten sich im Mai zahlreiche Europainteressierte beteiligt.

AUSSTELLUNG ZUR FILMGESCHICHTE

Die Galerie KUNST trifft POLITIK der SPD Treptow-Köpenick zeigt bis Anfang Oktober eine Plakatausstellung zur Film- und Zeitgeschichte der DDR 1946-1990 mit dem Titel „Freiheit und Zensur: Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung oder Opposition“.

Anhand ausgewählter DEFA-Filme aus der staatlichen DDR-Filmproduktion werden jüngere deutsche Geschichte und die Einflussnahme der DDR-Politik auf Film, Kultur und Gesellschaft dargestellt. Auf den 22 Plakaten werden DDR-Filme analysiert wie „Die Mörder sind unter uns“, „Die Geschichte vom kleinen Muck“, „Berlin Ecke Schönhauser“, „Spur der Steine“, „Paul und Paula“, „Coming out“. Ort: Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Dienstag 16 - 18 Uhr, Mittwoch bis Freitag 10 - 12 Uhr und nach tel. Absprache: 65496204. ■ vwb